

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

auf Annahme einer EntschlieÙung

Zu einer möglichen Olympiabewerbung Berlins für Olympische Sommerspiele 2024 oder 2028

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin nimmt die Absicht des Deutschen Olympischen Sportbundes zur Kenntnis, sich für die Austragung Olympischer Sommerspiele 2024 oder 2028 bewerben zu wollen und Berlin neben Hamburg einzuladen, ein Interesse als Ausrichterstadt zu bekunden.

Berlin hat sich vielfach als Austragungsort nationaler und internationaler Sportwettbewerbe bewährt. Sportbegeisterte Berlinerinnen und Berliner sind gute und sachkundige Gastgeber und tragen zum anerkannten Ruf Berlins als Sportstadt von Weltrang bei. Zu den Erfahrungen Berlins gehört aber auch eine gescheiterte Olympiabewerbung, an deren Kosten die Stadt bis heute trägt. Die Entscheidung über eine erneute Bewerbung als Ausrichterstadt hat daher für Berlin eine besondere Bedeutung und bedarf sorgfältiger Abwägung.

Entscheidet sich Berlin für eine Bewerbung zur Ausrichtung Olympischer Spiele in den Jahren 2024 oder 2028, muss diese Entscheidung mit den Erfordernissen einer sozialen Stadtentwicklung in Übereinstimmung stehen und von der Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner unterstützt werden. Dazu sind alle Chancen und Risiken einer Bewerbung Berlins für Olympia rechtzeitig offenzulegen und zu diskutieren.

Um sich für Olympische Spiele in den Jahren 2024 oder 2028 zu bewerben, müssten aus Sicht des Abgeordnetenhauses folgende Voraussetzungen gegeben sein:

I. Investitionsprogramm vorlegen – soziale Infrastruktur stärken

Berlin ist eine wachsende Stadt mit großen sozialen Gegensätzen. Sie muss für alle Bewohnerinnen und Bewohner lebenswert sein und bleiben. Marode Schulen und Sportstätten, sanierungsbedürftige Straßen und Brücken, fehlende bezahlbare Wohnungen und eine soziale Infrastruktur, die von der Hand in den Mund lebt, sind kein Aushängeschild für unsere Stadt und Probleme, die nicht durch Olympia gelöst werden. Was wir brauchen, sind kluge Ideen und Investitionen in mehr soziale Gerechtigkeit, Bildung, Wohnraum, Verkehr und die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Wir erachten es als notwendig, schnellstmöglich ein umfassendes Investitionsprogramm für die Sicherung und Entwicklung der sozialen, kulturellen und Sportinfrastruktur auf Landesebene zu initiieren. Dazu gehört auch ein „Solidarpakt Sport“, der den Sportlerinnen und Sportlern eine solide Finanzierungsbasis unabhängig von Lottomitteln garantiert und Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien ungehinderten Zugang zum Sporttreiben ermöglicht. Wer es ernst meint mit den Paralympics, darf nicht länger beim barrierefreien Ausbau unserer Stadt zögern. Ein Bekenntnis zu Olympia muss das Bekenntnis zum barrierefreien Ausbau Berlins, insbesondere seiner Schulen und Verkehrswege, beinhalten. Der Senat muss ein Programm für diese dringend notwendigen Investitionen in die Funktionstüchtigkeit, Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt vorlegen. Er muss darstellen, inwieweit darüber hinaus Mittel für Investitionen und die Durchführung von Olympischen Spielen in Berlin zur Verfügung stehen. Dies hat der Senat bislang nicht vermocht. Berlin muss zuerst seine Pflichtaufgaben erfüllen, ehe es zu Olympia einlädt.

II. Nachhaltigkeit garantieren – Gigantismus ausschließen

Alle Investitionen in die Stadt müssen in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht zukunftsfähig sein. Dafür tragen wir eine besondere Verantwortung, denn die Konsequenzen einer möglichen Entscheidung für Olympia in zehn oder 14 Jahren wird die kommende Generation zu tragen haben. Olympische Spiele der letzten Jahrzehnte haben sich durch einen wachsenden Gigantismus, verbunden mit ökologischen Folgeschäden und beschleunigter Gentrifizierung, ausgezeichnet, der die ursprüngliche olympische Idee beschädigt hat. Eine wirkliche Umkehr dieser Entwicklung ist gegenwärtig nicht zu erkennen. Dies aber wäre eine Voraussetzung für die Durchführung Olympischer Spiele in Berlin. Auch die bisher vom Senat vorgelegten Überlegungen überzeugen nicht: Die Absicht, vorhandene Sportstätten zu nutzen und keine Großbauten zu errichten, die nach Olympischen Spielen nicht mehr gebraucht werden, reicht nicht aus. Temporäre Anlagen für mehrere Milliarden Euro zu errichten, die nur wenige Tage genutzt werden, ist zudem kein Ausweis von Nachhaltigkeit. Berlin braucht angesichts einer wachsenden Bevölkerungszahl Wohnungen zu bezahlbaren Mieten jetzt und nicht erst als Nachnutzung für ein Olympisches Dorf nach 2024 oder 2028.

III. Bürgerbeteiligung ausbauen – demokratische Rechte stärken

Olympische Spiele in Berlin sind nur denkbar, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt zustimmt. Das Abgeordnetenhaus kritisiert, dass der Berliner Senat ohne Beschluss des Abgeordnetenhauses und ohne Befragung der Bürgerinnen und Bürger das Interesse Berlins an der Ausrichtung Olympischer Sommerspiele 2024 oder 2028 gegenüber dem DOSB bekundet hat. Das Abgeordnetenhaus erwartet, dass der Senat künftig sowohl das Landesparlament als auch die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungen solcher Tragweite einbezieht. Das Abgeordnetenhaus kritisiert außerdem, dass der Senat versucht, strittige Groß-

projekte wie den Weiterbau der A100 mit der Entscheidung über Olympische Spiele zu verbinden und quasi „durch die Hintertür“ durchzusetzen.

Das Abgeordnetenhaus wird die Initiative ergreifen und ein Maßnahmenpaket für die Stärkung der direkten Demokratie öffentlich zur Diskussion stellen. Mit der Entscheidung über diese Vorschläge sollen die Bürgerinnen und Bürger auch über ihre Meinung zu Olympia 2024 oder 2028 befragt werden. Senat und Abgeordnetenhaus verpflichten sich, die Entscheidung der Befragung zu respektieren.

Im Übrigen erklärt das Abgeordnetenhaus, dass mit der Entscheidung über eine Bewerbung für Olympische Sommerspiele keine Einschränkung der verfassungsrechtlich garantierten Bürgerrechte wie das Versammlungsrecht oder das Recht auf Äußerung der Meinungsfreiheit zugelassen wird.

IV. Souverän entscheiden – solide finanzieren

Olympia begeistert und zieht Milliarden in seinen Bann. Doch sind die Spiele in ihrer Verfasstheit und Auslegung an Grenzen gestoßen, die die Olympische Idee als Ganzes und die Durchführung Olympischer Spiele in der Zukunft gefährden. Eine Reform des IOC und der Praxis Olympischer Spiele wäre daher unabdingbare Voraussetzung für eine Berliner Bewerbung. Eine der wichtigsten Forderungen ist es aus Sicht des Abgeordnetenhauses, den Ausrichterstädten mehr Entscheidungsrechte zu geben. Das Abgeordnetenhaus erklärt, dass Olympische Spiele in Berlin unvereinbar sind mit einer Fortsetzung der Praxis der Host City Contracts. Diese Verträge zwingen die Ausrichterstädte in ein Abhängigkeitsverhältnis und übertragen ihnen alle Risiken, die durch die vom IOC diktierten Bedingungen entstehen.

Das Abgeordnetenhaus fordert mit der Entscheidung für Olympische Spiele 2024 oder 2028 volle Souveränität und Entscheidungsfreiheit, insbesondere über die Haushaltsmittel des Landes Berlin. Ohne eine solide und verbindliche Finanzplanung, die transparent und öffentlich nachvollziehbar ist und die Grenzen einer finanziellen Belastung eindeutig festlegt, können in Berlin keine Olympischen Spiele stattfinden. Die Maßstäbe, die durch Transparency International entwickelt wurden, müssen auch für Verträge mit dem IOC sowie für das Bewerbungsverfahren gelten. Die Finanzplanung muss mit der Darlegung aller ihrer Konsequenzen Bestandteil der Befragung der Bürgerinnen und Bürger über eine mögliche Olympiabewerbung Berlins sein. Sie muss alle Kosten für Olympische Spiele enthalten – für die Bewerbung, die Durchführung, die Investitionen in Olympische Anlagen und auch die durch Olympia induzierten Kosten für Investitionen in die Infrastruktur.

V.

Da diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, sieht das Abgeordnetenhaus zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Möglichkeit für eine Bewerbung Berlins zur Austragung Olympischer Sommerspiele 2024 oder 2028.

Berlin, d. 01. Oktober 2014

U. Wolf Dr. Hiller
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke